

Beschluss:

1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen.
2. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, dem Stadtrat ein referatsübergreifendes Konzept zur Entscheidung vorzulegen mit Lösungsansätzen, wie die Arbeit in intensiven Parteiverkehrsbereichen - über die bestehenden ZEP-Bereiche hinaus - finanziell anerkannt und gefördert werden kann. Dabei wird auch das Vorliegen der Voraussetzungen einer monatlichen Arbeitsmarktzulage für Parteiverkehrsbereiche mit Personalgewinnungs- bzw. -erhaltungsproblemen, insbesondere für das Bürgerbüro, die Ausländerbehörde, die Fahrzeugzulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde des Kreisverwaltungsreferates sowie vergleichbarer Dienststellen in anderen Teilen der Stadtverwaltung, sowie die genauen Modalitäten für deren Gewährung geprüft.

Die Zahlung der Zulage in Parteiverkehrsbereichen soll für Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte gleichermaßen ermöglicht werden.

3. Der an das Personal- und Organisationsreferat gerichtete Auftrag aus Ziffer 2 des Beschlusses der Vollversammlung vom 15.05.2019 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 14875) ist damit geschäftsordnungsmäßig erledigt.
4. Der Stadtratsantrag Nr. 14-20/A 05318 von Frau StRin Bettina Messinger, Frau StRin Anne Hübner, Herrn StR Christian Vorländer, Frau StRin Verena Dietl, Herrn StR Haimo Liebich, Herrn StR Hans Dieter Kaplan, Herrn StR Gerhard Mayer, Herr StR Cumali Naz, Herrn StR Horst Lischka vom 07.05.2019 bleibt aufgegriffen.

Die Frist für die Bearbeitung des Antrages wird bis 31.12.2019 verlängert.

5. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.